

Nachhaltiges Palmöl aus Kolumbien?

Just am 16. Oktober 2008, am Tag der Ernährung, findet im kolumbianischen Cartagena das erste lateinamerikanische Treffen des Runden Tisches für nachhaltiges Palmöl statt. Eingeladen hat Fedepalma, der kolumbianische Verband der Ölpalmenpflanzer. Ziel von Fedepalma ist es, möglichst bald das kolumbianische Palmöl flächendeckend zu zertifizieren. Doch ist kolumbianisches Palmöl dank dem RSPO nachhaltig? Kolumbianische Organisationen wehren sich entschieden dagegen.

Erste Zertifizierungen des Runden Tisches für nachhaltiges Palmöl

Der Runde Tisch für nachhaltiges Palmöl (RSPO) wurde 2004 u.a. vom Schweizer WWF ins Leben gerufen. Ihm gehören v.a. die namhaften Palmölproduzenten, aber auch Energiekonzerne und die verarbeitende Industrie an. NGOs sind fast keine vertreten, Basisorganisationen schon gar nicht. Der RSPO hat sich offiziell zum Ziel gesetzt, den Anbau von Ölpalmen nachhaltig zu gestalten, insbesondere die verheerenden Abholzungen zu stoppen. Dazu begann der RSPO einen mehrjährigen Prozess, um Prinzipien und Kriterien für nachhaltiges Palmöl zu entwickeln. Dabei wurde auf die Erfahrung der sogenannten Migros - Kriterien zurückgegriffen. Im Oktober 2007 wurden diese Kriterien nach einer Pilotphase verabschiedet. Die einzelnen Länder müssen die allgemeinen Richtlinien in einem Prozess der nationalen Interpretation den lokalen Gegebenheiten anpassen. Länder wie Malaysia, Indonesien und Papua Neu-Guinea haben diese Interpretation gemacht. Im Sommer 2008 wurden erste Plantagen zertifiziert, vier aus Malaysia und eine aus Indonesien – PT Musim Mas.

Kritiker der Zertifizierungen des RSPO bemängeln, dass die Zusammensetzung des Runden Tisches einseitig Produzenten- und Industrie orientiert und der Zugang für NGOs und Basisorganisationen schwierig ist. Die Richtlinien wurden nicht in breiten Konsultationen – insbesondere nicht mit Direktbetroffenen – erarbeitet. Der RSPO habe klar das Ziel, die massive Expansion der Ölpalme – v.a. für Agrotreibstoffe – mit einem grünen Mäntelchen zu versehen. Tatsächlich hat der RSPO seit seiner Gründung keine wirklichen Verbesserungen der kritischen Punkte gebracht. Man mag dem entgegenhalten, dass die Kriterien erst vor kurzem verabschiedet wurden. Tatsächlich ist die Stossrichtung aber seit längerem bekannt, und wenn es den Plantagenunternehmen ernst wäre, hätten sie die Abholzungen schon seit mehreren Jahren stoppen müssen. Die Abholzung insbesondere in Indonesien geht aber ungehindert weiter, es gibt noch keine klaren Landnutzungspläne, die schützenswerte Wälder vom Palmanbau ausnehmen würden. Ebenso kommt es weiterhin massiv zu Menschenrechtsverletzungen an der indigenen Waldbevölkerung, die sich gegen neue Plantagen wehrt. Auch in Afrika fallen die letzten Wälder dem Landhunger der Palmölindustrie zum Opfer, so z.B. in der Elfenbeinküste, notabene im Auftrag von Unilever. Das RSPO – Mitglied Musim Mas, ist 2005 negativ in die Schlagzeilen geraten, als es massiv gegen Gewerkschaften vorging. Konsequenzen hatte dies nicht. Firmen können heute ungehindert erklären, sie unterstützen die Anliegen des RSPO, ohne dafür konkret etwas tun

zu müssen. Ob solche Waldfrevler und Gewerkschaftsverfolger dann auch zertifiziert werden, wird sich weisen. Die letzten Jahre stimmen wenig hoffnungsvoll.

RSPO in Kolumbien

Fedepalma ist von Anfang an beim RSPO Mitglied und stellt auch einen der Vizepräsidenten. Fedepalma übernahm in Lateinamerika so die Vorreiterrolle beim Nachhaltigkeitsdiskurs. Dabei hat sie zuhause viele Probleme, bei denen sie nur herum laviert. Das Lieblingsthema von Fedepalma ist der Umweltschutz, über Menschenrechte reden sie gar nicht gerne. In Kolumbien wird relativ wenig Urwald für Palmenplantagen gerodet, und verschiedene Unternehmen bemühen sich im einen relativ schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen, wenden im Anbau best practices an und richten ökologische Korridore ein. Trotzdem hat die Ausdehnung der Palme gravierende Umweltkonsequenzen, verändert das Landschaftsbild radikal, führt zur Trockenlegung von Feuchtgebieten, entfernt Gehölze und betreibt drastische Flurbereinigungen, mit dem einhergehenden Verlust an Artenvielfalt. Insbesondere entlang der Pazifikküste wird zudem massiv gerodet, um Palmenplantagen anzulegen, und häufig werden dazu afrokolumbianische Gemeinschaften mit Gewalt zur Einwilligung gezwungen oder gar vertrieben. Am bekanntesten ist der Kampf der Gemeinschaftsräte der Flussläufe Curvaradó und Jiguamiandó im Departement Chocó. Dazu kommen schwerwiegende Klagen über negative soziale Auswirkungen des Palmenanbaus z.B. im Magdalena Medio und in den östlichen Ebenen, im Meta und Vichada. Die lokale Wirtschaft setzt nur noch auf ein (Export-)Produkt, die lokale Lebensmittelversorgung bricht zusammen. Die Arbeitsbedingungen sind häufig katastrophal, viele Arbeiter sind nicht mehr direkt angestellt, sondern müssen sich in Kooperativen organisieren. Die Plantagen und Unternehmen sind dann für die Arbeiter nicht mehr verantwortlich, diese müssen als Kooperativenmitglieder aus dem Geld, das ihnen für die Aufträge bezahlt wird, die Sozialabgaben selbst bezahlen, ebenso Schutzkleidung und Werkzeuge.

Unbesehen davon, dass es in Kolumbien viele Unternehmen gibt, die sich korrekt verhalten, hat der Sektor als Ganzes massive Probleme. Die gravierendsten Probleme verursachen neue Plantagen, die häufig von Unternehmern aus dem Dunstkreis der Drogenmafia und der Paramilitärs stammen, und die gemäss Fedepalma nicht Mitglied des Verbandes sind. Fedepalma hat sich halbherzig von Auswüchsen wie im Chocó und im Guapi distanziert, unternimmt aus unserer Sicht aber viel zu wenig, um derartige Missbräuche zu verhindern. Zudem gibt es auch bei vielen Mitgliedern und beim Verband selbst eine unbewältigte Vergangenheit, dutzende Gewerkschafter wurden in den letzten 20 Jahren umgebracht, die meisten Fälle blieben straflos.

Kriterien und nationale Interpretation tragen der Konfliktsituation zu wenig Rechnung

Fedepalma hat zusammen mit dem WWF Kolumbien und dem Instituto Humboldt in Kolumbien die nationale Interpretation an die Hand genommen. Auch dabei kommen direktbetroffene Kleinbauern und Afrokolumbianer kaum zu Wort. Die Auslegung der Kriterien ist aus unserer Sicht klar ungenügend. Dazu ein paar Beispiele: viele Plantagen kommen auf dem Land von Indigenen und Afrokolumbianern zu liegen, häufig gegen deren Willen. Internationale Normen sowie die kolumbianische Gesetzgebung und die Verfassung sehen für solche Fälle ein restriktives Vorgehen vor. Einerseits sieht die ILO Konvention 169 vor, dass Indigene für Megaprojekte auf ihrem Gemeinschaftsland die vorgängige, informierte Zustimmung geben müssen, d.h. es braucht einen transparenten Konsultationsprozess. Für die Afrokolumbianer gilt das Gesetz Nr. 70 von 1993, das u.a. ihre kollektiven Landtitel absichert und Megaprojekte auf ihrem Gemeinschaftsland strengen Beschränkungen unterwirft. Die nationale Interpretation der RSPO Richtlinien nimmt an keiner Stelle Bezug auf diese Normen, sondern verlangt einfach Dokumente und schriftliche Abkommen, die die Legalität z.B. eines Landkaufes oder eines Abkommens mit einem afrokolumbianischen

Gemeinschaftsrat belegen. Dabei wird aber mit keinem Wort auf die Drohungen und den Druck eingegangen, denen afrokolumbianische Gemeinschaften ausgesetzt sind. Ebenso wenig wird dem Umstand Rechnung getragen, dass viele Besitztitel der letzten Jahre ebenfalls auf Drohungen oder Willfährigkeit lokaler Behörden beruhen, und die rechtmässigen, ursprünglichen Besitzer keine Chance haben, ihren ehemaligen Besitz zu beweisen. Die nationale Interpretation trägt den zwei Jahrzehnten gewaltsamer Gegenagrarreform ungenügend Rechnung. Nach zwei Jahrzehnten der Gewalt gegen die Gewerkschaften sind diese weitgehend geschwächt, wenn nicht sogar ausgerottet, die ehemals direkt angestellten Arbeiter fristen in Kooperativen ein prekäres Dasein. Fedepalma will diese Kooperativen als vollwertige Interessenvertretung der Arbeiter in die nationalen Richtlinien aufnehmen. Die Zuckerrohrarbeiter, die im selben Kooperativenmodell arbeiten müssen, streiken wegen den Sklaverei ähnlichen Arbeitsbedingungen seit einem Monat!!

Fedepalma spricht voller Enthusiasmus von der baldigen Zertifizierung möglichst des ganzen Sektors, um sich die Exportchancen nach Europa zu erhalten. Die Arbeitsgruppe Schweiz Kolumbien ist der Meinung, dass eine Zertifizierung einzelner Plantagen und Unternehmen nicht statthaft ist, solange Fedepalma nicht Willens und in der Lage ist, diese gravierenden negativen Auswüchse in der Palmenindustrie zu bekämpfen. Wir werden uns dezidiert gegen zertifiziertes Palmöl aus Kolumbien aussprechen, solange die rechtmässigen Besitzer des Curvaradó ihr kollektives Land nicht zurückerhalten haben und solange die Arbeiter nicht würdige und existenzsichernde Arbeitsbedingungen haben.

Kolumbianische Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen sowie kleinbäuerliche, indigene und afrokolumbianische Basisorganisationen befürchten, dass der RSPO und die Zertifizierungen dazu dienen werden, eine Ausdehnung der Plantagen auf ihrem Land zu rechtfertigen. Sie lehnen deshalb die nationale Interpretation der RSPO – Richtlinien dezidiert ab. Im Hinblick auf das erste lateinamerikanische Treffen des RSPO in Cartagena vom 16. Oktober 2008 haben kolumbianische und internationale Organisationen deshalb je eine Erklärung verfasst, um dagegen zu protestieren. Sie finden die spanische und englische Version dieser Erklärungen auf www.agrotreibstoffe.ch.

Bern, 14. Oktober 2008